

Antrag G08: DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution

Antragsteller*in:

AG Cuba sí

Der Parteitag möge beschließen:

1 Auch nach dem Antritt der Biden-Regierung hat sich an der Kuba-Politik der USA nichts
2 geändert. Selbst während der Corona-Pandemie wurde die durch den ehemaligen US-
3 Präsidenten Trump weiter verschärfte Blockade gegen Kuba unvermindert fortgeführt.
4 Somit wurde auch die Bekämpfung der Pandemie in Kuba erheblich erschwert. Diese
5 Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Kubanische Revolution zu zerstören, kostet
6 Menschenleben. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die seit nunmehr über 60 Jahre
7 bestehende völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA
8 gegen das sozialistische Kuba. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich bei der US-
9 Regierung für die sofortige, vollständige und bedingungslose Beendigung dieses
10 Wirtschaftskrieges einsetzt. In Umsetzung des Beschlusses (2021/026 G.08) des
11 Bundesausschusses vom 27. August 2021, unternimmt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag
12 konkrete Maßnahmen, um auch die von den exterritorialen Blockademaßnahmen der USA
13 betroffenen deutschen und europäischen Unternehmen gemäß der EU-Blocking-Regulation
14 von 1996 zu schützen.

15 Angesichts der Verschärfung der US-Blockade kommt dem „Abkommen über politischen
16 Dialog und Zusammenarbeit“ der Europäischen Union mit Kuba aus dem Jahr 2016 eine
17 besondere Bedeutung zu. Um dieses Abkommen wirkungsvoll umzusetzen und mit Leben zu
18 füllen, ist es erforderlich, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Abkommen
19 unterzeichnen. Litauen hat dies als einziger EU-Mitgliedstaat noch nicht getan. Wir
20 als LINKE weisen alle Versuche der rechten Kräfte im EU-Parlament zurück, dieses
21 Abkommen in Frage zu stellen, und fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament auf,
22 sich dem entschieden entgegenzustellen und sich für die vollständige Ratifizierung
23 dieses Abkommens einzusetzen.

24 Trotz der US-Blockade hat Kuba die Corona-Pandemie besser überstanden als jedes
25 andere Land Lateinamerikas. Dies war möglich durch die Entwicklung eigener Impfstoffe
26 und durch ein staatliches, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes
27 Gesundheitssystem. Kuba hat nicht nur seine eigene Bevölkerung geschützt, sondern
28 auch weltweit internationalistische Hilfe geleistet. Besonders der Einsatz
29 kubanischer Ärztinnen und Ärzte in Italien sowie die Kooperation zur Produktion
30 kubanischer Impfstoffe in Italien sind beispielhaft. Wir fordern die Bundesregierung
31 auf, sich für die Zulassung und Herstellung der kubanischen Vakzine in der gesamten
32 EU einzusetzen sowie grundsätzlich eine Kooperation zwischen der EU und Kuba im
33 Gesundheitsbereich zu ermöglichen.

34 Ungeachtet des weltweiten humanitären Engagements Kubas stuft die US-Regierung Kuba
35 als Staat ein, der den Terrorismus unterstütze. Wir fordern von der Bundesregierung
36 eine klare Abgrenzung von dieser Politik. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag wird
37 dazu parlamentarische Initiativen entwickeln und einreichen.

38 Wir kritisieren die im Jahr 2020 getroffene Entscheidung des Bundesministeriums für
39 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einstellung der
40 entwicklungspolitischen Kooperation mit Kuba und setzen uns für die Wiederaufnahme
41 der bilateralen Zusammenarbeit mit Kuba ein.

42 DIE LINKE wird auf allen Ebenen die europaweite Kampagne Unblock Cuba aktiv
43 unterstützen.

44 Der Parteivorstand führt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí in der LINKEN

45 zeitnah eine Kuba-Konferenz durch.
46 Zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Partei DIE LINKE und der
47 Kommunistischen Partei Kubas unternehmen die Parteivorsitzenden bis spätestens Ende
48 2023 eine Delegationsreise nach Kuba.
49 DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner
50 Revolution.

Begründung

Erfolgt mündlich.